

auf behagliches Wohnen eingerichtet gewesen, und doch entfielen auch bei ihm von 365 Tagen im Jahr wenigstens 320 auf die Familie. Wir möchten uns sein bescheidenes Heim ansehen. Außen wäre es so einfach bürgerlich wie nur möglich, und als er sich hier „etabliert“ habe, sei nur hier und da angebaut worden, was nöthig gewesen, aber im Innern habe er sein Heim ohne Prunk, aber behaglich eingerichtet, und er habe hier die schönsten Jahre seines Lebens zugebracht, bis ihm seine Frau nach Gottes Rathschluß genommen worden sei.

Entgegen der Meldung, die Stellung Deutschlands zu dem japanisch-chinesischen Friedensvertrage werde im Reichstage zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden, theil die „Lib. Corr.“ aus zuverlässiger Quelle mit, daß diese Absicht aufgegeben sei oder garnicht bestanden habe.

Zu dem Schicksal der Umsturzvorlage, schreibt die „Köln. Volksztg.“, das Hauptorgan des Centrums, daß das Centrum bei der Vorlage nur für den Commissionsbeschluß stimmen werde. Wollten die Conservativen und Reichsparteiler die Vorlage nicht nach den Wünschen des Centrums annehmen, so werde die ganze Vorlage scheitern. Das Centrum werde unter keinen Umständen zulassen, daß man die „bürgerlichen Paragraphen“ in der Form zu Stande bringe, wie es die Selbstsucht der Mittelparteiler wünscht und die Schwäche der Conservativen neuerdings ermöglichen möchte.

Dem Bundesrath ist am Freitag der Entwurf eines Gesetzes betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1895/96 (zur Deckung der Kosten für die Eröffnungsfeierlichkeiten des Nordostseekanals) zugegangen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Berliner Bierbrauergesellenvereins, die von 300 Personen besucht war, hat beschlossen, daß die Mitglieder dieses Vereins, welche die überwiegende Mehrheit der in den vereinigten Brauereien beschäftigten Brauergesellen bilden, ebensowenig wie im Vorjahr eine Freigabe des 1. Mai beanspruchen. Sie erblicken in dieser Forderung keinen Vortheil für die Arbeiter, sondern eine Herausforderung der Arbeitgeber und protestiren gegen den Beschluß einer unlegitimierten Versammlung, die den Brauereiarbeitern gegen ihren Willen die Maifeier aufzwingen will.

Die Gesetzentwürfe, die dem Reichstage bereits zur Beschlußfassung unterbreitet sind, werden demnächst noch um einen, der die weitesten Kreise interessiert, vermehrt werden; um einen Gesetzentwurf, betr. Abänderung des Reichsinvalidengesetzes. Schon vor längerer Zeit verlaute, daß es in der Absicht liege, aus dem Reichsinvalidenfonds Gelder zur Verfügung zu stellen behufs Bewilligung von Pensionszuschüssen für Personen der Armee und Marine, die infolge einer im Kriege 1870/71 erlittenen Verwundung verhindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges theilzunehmen und dadurch ein zweites bei der Pensionirung zuzurechnendes Kriegsjahr zu verdienen, und ferner behufs Gewährung von Unterstützungen an ehemalige Untoffiziere und Mannschaften, die an dem Feldzuge 1870/71 oder an Feldzügen von deutschen Staaten vor 1870 theilhaftig waren und sich wegen dauernder Erwerbsunfähigkeit in Nothlage befinden. Es soll nun vorgeschlagen werden, aus dem Reichsinvalidenfonds in den Grenzen der Zinsen des für die Sicherstellung seiner gesetzlichen Verwendungszwecke entbehrlichen Bestandes die für die obigen Zwecke erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Der Betrag der Pensionszuschüsse soll für 1895/96 auf etwa 100,000 Mk. und der Betrag für die Unterstützungen an die Erwerbsunfähigen auf 1,800,000 Mk. veranschlagt sein. Die letztgedachten Unterstützungen sollen jährlich 120 Mk. betragen, monatlich im Voraus bezahlt werden und einer Beschlagnahme nicht unterliegen.

Ein Aufstand soll in unserem Schutzgebiete Kleinpopo unter den Eingeborenen ausgebrochen sein. Die Station Misahöhe soll überfallen worden sein, die Schwarzen sollen arg gehaust, auch den Vorsteher getödtet haben. Aus Kamerun wurde drahllich ein Kriegsschiff erbeten.

Ueber die Ermordung des deutschen Reisenden Rockstroh in Marokko liegen jetzt folgende Einzelheiten vor: Rockstroh hatte am 3. April Saffi verlassen, um nach Mazagan sich zu begeben. Seine Reisebegleitung bestand aus einem eingeborenen Diener auf einem Reitefel und zwei oder drei Beduinen, den Eigenthümern oder Treibern der von ihm zur Beförderung seiner Waarenmuster gemieteten Lastkameele. R. selbst war zu Pferde. Die Kameeltreiber überredeten ihn zunächst, von der großen, allgemein begangenen Karawanenstrafe, die fast in ihrer ganzen Länge das Seegeflüde entlang zieht, abzuweichen und einen mehr im Binnenlande führenden Weg einzuschlagen. Die erste Nacht wurde in dem Duar (kleinen Zeltdorf) Gh'doura, eine gute Tagereise von Saffi entfernt, zugebracht. Am nächsten Morgen beim Aufbruch verpackten die Kameeltreiber R.'s Karabiner mit der übrigen Ladung in einem der Reisefäcke, wobei sie erklärten, jetzt komme man durch das Gebiet ihrer eigenen Kabylen, da sei die Waffe nicht von Nothen. Es war ein verhängnißvoller Fehler, den Rockstroh da beging, indem er sich von der Plinte trennte. Die marokkanischen Beduinen sind nämlich ein unglaublich feiges Gefindel,

und selbst in großer Ueberzahl greifen sie kaum je einen bewaffneten Europäer an. Nur wenn sie einem meuchlings beikommen können oder ihn wehrlos finden, sind sie zu fürchten. Bald nach dem Ausbruch der kleinen Karawane erschien eine Anzahl Beduinen, es heißt, ungefähr ein Duzend, zum Theil mit Winchester-Karabinern bewaffnet, und stellten R.'s Leute, indem sie behaupteten, daß eins der Kameele ihnen gestohlen wäre. R., etwas abseits reitend, hielt den Streit um das Kameel für baare Münze, ritt hinzu, um denselben zu schlichten, erhielt aber sofort zwei Säbelhiebe über den Kopf, ferner zwei Dolchstiche in die Lenden. Als er vom Pferde sank, wurde noch mit Knütteln auf ihn eingehauen. Er wäre unzweifelhaft sofort getödtet worden, wenn nicht die Leute aus einem naheliegenden Duar, Uled-beni-su, zu seiner Rettung herbeigeilt wären. Sie brachten ihn nach ihrem Duar und pflegten ihn. Die Leute benachrichtigten den Raib (Gouverneur) des Districts von dem Vorfalle, der sogleich zwei Soldaten absandte mit dem Befehle, den Verwundeten nach Saffi zurückzubringen. Der Transport hatte 24 Stunden gedauert. R.'s maurischer Diener, der sich während des Ueberfalles aus dem Staube gemacht hatte, fand sich später wieder ein. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die ganze Schandthat eine von den Kameelmiethern mit ihren Spießgesellen vorher abgetartete Sache war.

In Sachen der geplanten Protestpetition des Berliner Magistrats gegen die Umsturzvorlage wird folgendes bekannt. Der Oberpräsident von Achenbach wies den Oberbürgermeister Zelle telegraphisch an, auf Grund des § 15 des Zuständigkeitsgesetzes den am Donnerstag gefaßten Beschluß der Stadtverordneten, eine Petition gegen die Umsturzvorlage an den Reichstag gelangen zu lassen, aus den ihm kund gegebenen Gründen sofort zu beanstanden, und daß dies geschehen nach Potsdam telegraphisch anzuzeigen. Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans ist vom Oberpräsidenten gleichfalls telegraphisch angewiesen worden, bei 300 Mark Geldstrafe die Absendung der gestern von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen Petition gegen die Umsturzvorlage an den Reichstag zu unterlassen. Die Absendung war indessen bereits erfolgt.

Die bisherigen Ergebnisse der Reichstagsersatzwahl in Weimar lassen erkennen, daß voraussichtlich eine Stichwahl zwischen Baudert (Soz.) und Reichmuth (cons.) stattzufinden hat. Ersterer erhielt rund 5600 Stimmen, Letzterer 4500. Weiter erhielten Baumbach (frs.) 4400 und Kulemann (ntl.) 2300 Stimmen.

Im Reichstage haben die Antisemiten folgende Interpellation eingebracht: „Welche Maßregeln gedenken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um die Ausbeutung, von welcher das gesammte deutsche Volk durch die künstliche Preistreiberei des Petroleums betroffen ist, zu beseitigen?“

Der Reichstag wird, wie in der Reichsregierung nicht fernstehenden Kreisen in Berlin verlautet, sich kurz vor Pfingsten vertagen, voraussichtlich ohne die Umsturzvorlage verabschiedet zu haben. Soweit sich bisher übersehen läßt, wird der preussische Landtag seine Session nicht so schnell beenden können. Man nimmt an, daß nach einer dreiwöchigen Unterbrechung das Abgeordnetenhaus etwa am 25. Juni wieder zusammentreten wird, um dann den Bericht der Stempelsteuercommission entgegenzunehmen; die Regierung besteht darauf, daß die Tarifvorlage noch in dieser Session erledigt wird. Zugleich dürfte nach den Ferien dem Hause noch eine Vorlage zugehen betr. eine Verschärfung des Vereinsgesetzes. Bestätigt sich das, so wird einer Tagung des Landtages bis spät in den Juni hinein entgegengesehen.

Im badischen Landwirtschaftsrath hat sich der Minister Eisenlohr bezüglich des Antrages Ranitz dahin ausgesprochen, daß die Regierung die Interessen der Allgemeinheit und nicht die einzelner Berufsstände zu wahren habe. Statt zu klagen, oder die Abschaffung der Goldwährung zu verlangen, sollten die Landwirthe Absatzgenossenschaften bilden. Leider seien die dahingehenden Bestrebungen der badischen Regierung erfolglos gewesen.

Der Präsident des Reichstags Frhr. v. Buol beabsichtigt nach Berliner Blättern die zweite Lesung der Umsturzvorlage am 1. Mai auf die Tagesordnung zu setzen. Vorläufig widerstrebe die socialdemokratische Fraction (wegen der „Maifeier“) der Verwirklichung dieser Absicht.

Der Reichskanzler hat Erhebungen anstellen lassen in Sachen des ermordeten Kaufmanns Rockstroh über die Entschädigungsansprüche der Leipziger Firma und der Mutter Rockstroh's. Die Entschädigungsansprüche sollen sehr bedeutend sein.

In der Buchhandlung des „Vorwärts“ in Berlin sind soeben 15,000 Exemplare der illustrierten Maifestzeitung wegen des darin enthaltenen Ausrufs an die Arbeiter confiscirt worden. Beamte der Criminalpolizei ließen durch Droschken den ganzen Vorath, welchen sie fanden, fortschaffen. Auch in Leipzig und vielen anderen größeren Städten Deutschlands ist die genannte Zeitung beschlagnahmt worden. In Leipzig verfiel der gesammte dorthin gesandte Posten, eine ganze Wagenladung, der Beschlagnahme.

Das Bismarckdenkmal-Comité war am 26. d. Vormittag unter dem Vorsitz des Herrn v. Levetzow im Reichstagsgebäude in Berlin zusammengetreten, um die weiteren Einzelheiten der Errichtung des Denkmals zu erörtern. Zunächst wurde zur Vervollständigung der Preisrichterjury geschritten. Dann wurden die Bedingungen für die beabsichtigte Ausstellung der eingegangenen Entwürfe aufgestellt. Diese soll am 1. Juni im Ausstellungsgebäude stattfinden. Am 15. soll die Jury das Urtheil über die einzelnen Entwürfe fällen.

In der Centrumsfraction des Reichstages hat die gegenfällige Stimmung gegen die Umsturzvorlage soweit Oberhand gewonnen, daß bereits 50 Mitglieder, also die Hälfte, entschlossen sein sollen, den Gedanken an das Zustandekommen irgendwelcher Form von Umsturzvorlage von sich abzuweisen. Der Bericht der Umsturzcommission ist am Freitag bereits offiziell erschienen.

Der Bundesrath des deutschen Reiches hat in seiner jüngsten Sitzung den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873 über die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, sowie den Entwurf einer anderweitigen Klasseneinteilung der Militärbeamten des Reichsheeres und der Marine den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Antrag, bet. den zollfreien Einlaß der vom internationalen landwirthschaftlichen Maschinenmarkt in Wien zurückgelangenden Güter, wurde angenommen.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf, betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten zugegangen. Der Entwurf sieht zu diesem Zwecke zunächst einen Betrag von 5 Mill. Mk. vor. Es soll durch Erbauung staatlicher Miethshäuser und durch Gewährung von Bauprämien und Darlehen den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern und niederen Beamten die Beschaffung geeigneter Wohnungen zu angemessenen Preisen an denjenigen Orten erleichtert werden, an welchen die Bauhätigkeit das Wohnungsbedürfniß seither nicht befriedigt. Eine Bevorzugung der Wohnungsinhaber auf Kosten der Allgemeinheit ist nicht beabsichtigt, da die Miethspreise so bemessen werden sollen, daß die dem Staate erwachsenden Selbstkosten entsprechende Deckung finden.

Serbien.

Erzking Milan wird die von der Skupschtina zu genehmigende Apanage, vom Tage der Thronentsagung ab gerechnet, erhalten, so daß er sofort 4,800,000 Francs als sechsjährigen Rückstand erhält. Königin Natalie verspricht, auch ihren Antheil aus der Apanage Milan zu schenken, falls er Serbien verlasse. Die Nachricht bedarf keines Commentars.

König Alexander eröffnete die Skupschtina mit einer Thronrede, in der er hervorhob, daß er sich genöthigt sah, um Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen, die Verfassung vom Jahre 1888 aufzuheben und jene des Jahres 1869 zu erneuern. Um das Ansehen Serbiens zu heben, erklärte der junge König, habe er die Reisen zum Sultan, zum Kaiser von Oesterreich und zum deutschen Kaiser unternommen. Kaiser Wilhelm sprach den Wunsch nach guten Verhältnissen mit Serbien aus. Derselben erwähnte der König seinen Petersburger und Pariser Besuch und schloß mit dem Wunsche betreffs baldiger Ordnung der serbischen Finanzen.

Ufien.

Mehrere hervorragende chinesische Generale erklären sich entschieden für Fortsetzung des Krieges, sie beurtheilen Si-Chung-Tschangs Friedensvertrag auf das abfälligste.

Die Haltung Deutschlands zum Friedensvertrag verursacht in Tokio die größte Bestürzung, man hofft, daß die Interpellation im deutschen Reichstage, — die aber bekanntlich gar nicht stattfinden wird, — genügen werde, die herrschenden Mißverständnisse zu beseitigen.

Zur ostasiatischen Frage wird weiter gemeldet, daß Spanien, welches seine Positionen auf den Philippinen durch die von Japan beanspruchte Machterweiterung bedroht glaubt, die Bestrebungen Rußlands, Deutschlands und Frankreichs unterstützen wird. Italien, Oesterreich und Amerika werden sich diesen Bestrebungen, soweit bis jetzt feststeht, nicht anschließen.

Aus dem Waldenthale.

*Waldenburg, 27. April. In heutiger Mittagsstunde trat hier ein schwaches Gewitter mit kurzem heftigem Platzregen auf, unter dessen Einfluß die Erschließung der Kirschblüthe nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte.

— An der Berliner Productenbörse ist in letzter Zeit eine erhebliche Steigerung der Getreidepreise eingetreten. Am 26. d. stieg z. B. der Weizen Lieferungsqualität von 145 auf 148 Mk., Roggen per Mai von 126 auf 129 und Hafer per Mai von 121 auf 124 Mk.

— Dieses Jahr werden besonders viel Maikäfer dem jungen Laub zu Leibe gehen. Wie verschiedentlich gemeldet wird, zeigen sich die Maikäfer bereits jetzt in großen Massen.

— In Altstadtwaldenburg hat sich vor Kurzem ein patriotischer Ortsverein gebildet, welcher den Zweck ver-